

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Schierholz und der Fraktion
DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/5162 —**

Neuakzentuierung der Deutschlandpolitik in der Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hennig vor dem World Affairs Council of Northern California am 22. November 1985 in San Francisco mit dem Titel „Amerika und die deutsche Teilung“ (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen vom 22. November 1985)

Der Bundesminister des Auswärtigen – 011 – 300.14 – hat mit Schreiben vom 7. Mai 1986 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hennig, die sowjetischen Abrüstungsvorschläge seien nur vorgeschoben, um ihre tatsächlichen Ambitionen, nämlich die Bundesrepublik Deutschland und mit ihr Westeuropa in ihren Hegemonialbereich einzugliedern, zu verschleiern?
2. Hält die Bundesregierung den von Dr. Hennig vorgenommenen Vergleich der Sowjetunion mit einem Hund, der nicht freiwillig auf die andere Hälfte des Schinkens verzichte, für eine treffende Charakterisierung der sowjetischen Außen- und Europapolitik, und ist damit die Grundlage für die Bundesregierung in bezug auf ihre Politik gegenüber der Sowjetunion beschrieben worden?

Weder Frage 1 noch Frage 2 finden in den tatsächlichen Ausführungen von PStS Dr. Hennig einen Rückhalt. In dessen Rede wird weder von vorgeschobenen Abrüstungsvorschlägen der sowjetischen Seite gesprochen noch geht es in ihr um eine Charakterisierung im Sinne einer umfassenden Beschreibung sowjetischer Außen- und Europapolitik. Ebensowenig ist eine Beschreibung der Grundlagen der Politik der Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion vorgenommen worden. Die Ausführungen von PStS Dr. Hennig stehen vielmehr in einem ausdrücklichen Zusammen-

hang zu den von ihm behandelten Fragen der Teilung Deutschlands und Europas, deren Überwindung und der sowjetischen Haltung hierzu.

3. Wie bewertet die Bundesregierung die Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hennig, daß „unter Berufung auf dieses Recht (die alliierten Vorbehaltsrechte, d. V.) die Vereinigten Staaten bis heute in der Bundesrepublik Deutschland Truppen in dem von ihnen gewollten Umfang unterhalten (können), ohne eigentlich irgend jemanden fragen zu müssen“, wonach der Nachrüstungsbeschuß und die Bundestagsdebatte darüber im November 1983 eigentlich nur Spiegelfechtereien waren?

Die drei westlichen Alliierten haben sich im Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten „Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland“ vorbehalten, „soweit sie für die Ausübung der im ersten Satz des Artikels 2 dieses Vertrags genannten Rechte erforderlich sind“. Nach Artikel 2 Satz 1 sind dies die „Rechte . . . in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes . . .“. In dem Vertrag haben die Drei Mächte außerdem erklärt, „ihre Rechte betreffend die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland, soweit diese betroffen ist, nur in vollem Einvernehmen mit der Bundesrepublik Deutschland auszuüben“. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in dem Vertrag einverstanden erklärt, „daß vom Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie zur Zeit dieses Inkrafttretens in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden dürfen“.

Der Doppelbeschuß wurde im Bündnis gefaßt. Er dient der Verteidigungsfähigkeit der Staaten des Nordatlantischen Bündnisses. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihm zugestimmt. Ohne diese Zustimmung hätte der Beschuß in der Bundesrepublik Deutschland nicht durchgeführt werden können. Daß die Bundesregierung sich der parlamentarischen Debatte stellte, war konsequent angesichts des Gewichts des deutschen Beitrags an der Durchführung beider Teile des Beschlusses.

4. Identifiziert sich die Bundesregierung mit der Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hennig, daß die US-Regierung politische Beziehungen zur DDR im Hinblick auf die sicherheitspolitische Lage in Europa unterlassen solle, um sich nicht „zu Verbündeten der kommunistischen Zwingherren“ zu machen?

Der PStS Dr. Hennig hat in seinem Vortrag nicht die Ansicht geäußert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten politische Beziehungen zur DDR unterlassen solle.

Im Einklang mit ihren Verbündeten hat die Bundesregierung stets die Auffassung vertreten, daß eine Vielfalt der Beziehungen zwischen den Staaten des Westens und den Staaten des Warschauer

Paktes einschließlich der zwischenmenschlichen Beziehungen am ehesten geeignet ist, die Folgen der Teilung Europas erträglicher zu machen.

5. Wurden die in diesem Kontext erwähnten Symposien in Conway, New Hampshire, mit Billigung der Bundesregierung genannt, um diese Veranstaltungen, auf der Vertreter und Vertreterinnen der DDR zu Wort kommen, bei der US-Regierung zu diskriminieren und zu denunzieren?

Der PStS Dr. Hennig hat das 11. Symposium über die DDR in Conway, New Hampshire, ohne jede Wertung erwähnt.

Die Bundesregierung begrüßt es, daß Vertreter der DDR an Symposien in den USA teilnehmen und die Gelegenheit wahrnehmen, amerikanische Gastfreundschaft und Freiheit des Wortes zu erfahren.

6. Sind die Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hennig in San Francisco, die USA nach dem Genfer Gipfeltreffen zur Aufrechterhaltung ihres konfrontativen Kurses gegenüber der Sowjetunion zu ermuntern und vor einer in Genf in Aussicht genommen Verständigung zwischen den USA und der Sowjetunion in Abrüstungsfragen zu warnen, die Erläuterung dessen, was Bundeskanzler Kohl als Einbringen deutscher Interessen in die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen genannt hat? Teilt die Bundesregierung diese Richtung der Einflußnahme des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hennig auf amerikanische Entscheidungen?

Die Rede von PStS Dr. Hennig enthält keine derartigen Äußerungen. Dr. Hennig hat vielmehr darauf hingewiesen, daß Rüstung nicht Ursache, sondern Symptom politischer Spannungen ist und hatte entsprechende Äußerungen des amerikanischen Präsidenten begrüßt.

Die konstruktive Mitwirkung der Bundesregierung an der Gestaltung der amerikanischen Verhandlungsposition im Rahmen eines intensiven Konsultationsprozesses im Bündnis und bilateral mit den USA ist bekannt. Die Fraktionen des Deutschen Bundestages werden hierüber regelmäßig im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses unterrichtet.

7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hennig, die USA nur in militärischer Hinsicht auf den Status quo in Europa zu verpflichten, sie jedoch in der Politik aufzufordern, die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten nicht als Partner für Dialog, Abrüstung und Entspannung zu akzeptieren?

Diese Auffassung ist weder von PStS Dr. Hennig vertreten worden noch wird sie von der Bundesregierung vertreten.

8. Entspricht die marginale und abwertende Darstellung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR in der Rede Dr. Hennigs einer von der Bundesregierung verfolgten Linie der Darstellung dieser Beziehungen im Ausland bzw. gegenüber den USA? Teilt die Bundesregierung die von Dr. Hennig vorgenommene Gewichtung der Deutschlandpolitik, bei der die deutsch-deutschen Beziehungen eine untergeordnete Rolle spielen?

Die Darstellung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR war nicht Gegenstand des Vortrags von PStS Dr. Hennig. Das Thema seiner Rede lautete „Amerika und die deutsche Teilung“.

Hinsichtlich der Bedeutung, die die Bundesregierung den inner-deutschen Beziehungen beimäß, verweist die Bundesregierung auf den jährlichen Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation im geteilten Deutschland.

9. Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der abwertenden Haltung Dr. Hennigs gegenüber den deutsch-deutschen Beziehungen und den wiederholten Erklärungen Bundeskanzler Kohls und anderer Regierungsmitglieder, die deutsch-deutschen Beziehungen derart zu verbessern, daß von deutschem Boden Frieden ausgehen könne?

Es wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.

10. Wie bewertet die Bundesregierung die Auffassung der Fraktion DIE GRÜNEN, daß die besagte Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hennig dazu angetan ist, Abrüstungsbemühungen zu unterlaufen, ein Klima der Konfrontation zu erzeugen, die ultrakonservativen Abrüstungsgegner in den USA zu stützen, insbesondere Dialog und Entspannungsbemühungen im deutsch-deutschen Verhältnis zu torpedieren und die Konfrontationsbefürworter und DDR-Kritiker im Warschauer Pakt zu bestärken?

Die Bundesregierung sieht keinerlei Anhaltspunkte, die diese Auffassung der Fraktion DIE GRÜNEN stützen könnten und muß dieser Auffassung mit allem Nachdruck widersprechen.

11. Welche politischen Überlegungen veranlaßten die Bundesregierung, den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Hennig mit einer dergestalt politische Akzente setzenden Rede in die USA reisen zu lassen?

Die Bundesregierung hat stets vor dem Deutschen Bundestag die verbindlichen politischen Akzente ihrer Deutschlandpolitik in ihren Regierungserklärungen sowie im jährlichen Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland gesetzt. PStS Dr. Hennig vertritt bei seinen Reden im In- und Ausland die Position der Bundesregierung in diesem Rahmen.